

Geschäftsordnung der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin

Vom 12. Mai 2007 (ABl. 2007 S. 1510)

Die Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin hat in ihrer Sitzung am 12. Mai 2007 folgende Geschäftsordnung beschlossen:

I. Allgemeines

§ 1

Einberufung der Vertreterversammlung

- (1) Die Vertreterversammlung ist mindestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin durch den Vorsitzenden des Aufsichtsausschusses¹ schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen. In dringenden Fällen ist eine kürzere Frist zulässig.
- (2) Über den Verlauf der Vertreterversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das mindestens die gefassten Beschlüsse enthalten muss. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsausschusses und dem Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses zu unterzeichnen.
- (3) Eine Kopie des Protokolls ist innerhalb von zwei Monaten nach dem Termin der Vertreterversammlung den Mitgliedern der Vertreterversammlung zuzusenden und gilt als genehmigt, wenn nicht innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich Einspruch beim Aufsichtsausschuss eingelegt wird. Über den Einspruch entscheidet der Aufsichtsausschuss.

§ 2

Aufgaben der Versammlungsleitung

- (1) Der Vorsitzende des Aufsichtsausschusses oder der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsausschusses oder ein vom Aufsichtsausschuss zu benennendes Aufsichtsausschussmitglied leitet die Versammlung.
- (2) Die Versammlung wird mit der Feststellung ihrer satzungsgemäßen Einberufung und mit dem namentlichen Aufruf der Mitglieder der Vertreterversammlung zur Feststellung der Beschlussfähigkeit eröffnet.
- (3) Die Vertreterversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist (§ 3 Abs. 4 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin). Der Versammlungsleiter kann die Beschlussfähigkeit jederzeit prüfen; auf Antrag eines Mitgliedes der Versammlung hat er sie zu prüfen. Ist nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder der Vertreterversammlung zu einer Abstimmung anwesend, kann der Versammlungsleiter die Versammlung unterbrechen, um die Beschlussfähigkeit zu ermöglichen. Die Unterbrechung soll nicht mehr als 30 Minuten betragen. Bleibt die Vertreterversammlung beschlussunfähig, ist eine neue Vertreterversammlung mit neuem Datum gemäß § 1 Abs. 1 und der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig ist.

¹ Die Bezeichnungen finden bei Frauen in der jeweils zutreffenden Form Anwendung

- (4) Der Versammlungsleiter bestellt Protokollführer und Führer der Rednerliste.

§ 3

Auslegung der Geschäftsordnung

Über die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet der Versammlungsleiter.

II. Tagesordnung

§ 4

Durchführung der Vertreterversammlung

- (1) Die Vertreterversammlung beschließt nur über Angelegenheiten, die auf der Tagesordnung stehen.

III. Redeordnung

§ 5

Rede- und Antragsrecht

- (1) Das Rederecht in der Versammlung haben
- a) die Mitglieder der Vertreterversammlung,
 - b) die Mitglieder des Aufsichtsausschusses,
 - c) die Mitglieder des Verwaltungsausschusses,
 - d) andere Personen nach Maßgabe des Versammlungsleiters im Einvernehmen mit der Vertreterversammlung.
- (2) Das Antragsrecht in und für die Vertreterversammlung haben
- a) die Mitglieder der Vertreterversammlung,
 - b) der Aufsichtsausschuss und der Verwaltungsausschuss,
 - c) der Vorsitzende des Aufsichtsausschusses und der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses.

§ 6

Wortmeldung und Worterteilung

- (1) Zu jedem Punkt der Tagesordnung erhält zunächst der Berichterstatter oder der Antragsteller das Wort. Anschließend findet die Aussprache statt.
- (2) Wer zur Sache sprechen will, muss sich in die Rednerliste eintragen lassen.
- (3) Der Versammlungsleiter erteilt das Wort in der Reihenfolge der Anmeldungen. Der Versammlungsleiter kann von dieser Regel im Einverständnis mit den vorgezeichneten Rednern abweichen.
- (4) Außer der Reihe erhält das Wort:
- a) der Versammlungsleiter,
 - b) der Berichterstatter,

ZÄK 11.2.2

c) der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses,

d) wer zur Geschäftsordnung sprechen will.

(5) Zu persönlichen Bemerkungen wird das Wort erst nach Schluss der Aussprache erteilt. Der Redner darf nicht zur Sache sprechen, sondern nur Angriffe, die in der Aussprache gegen ihn erhoben worden sind, zurückweisen oder eigene Ausführungen richtig stellen.

(6) Die Rededauer kann durch Beschluss der Versammlung auf eine bestimmte Zeit beschränkt werden. Spricht ein Teilnehmer über die Redezeit hinaus, so kann ihm der Versammlungsleiter nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen. In diesem Fall darf der Betreffende über den gleichen Gegenstand nicht wieder sprechen.

(7) Ist die Rednerliste erschöpft, erklärt der Versammlungsleiter die Aussprache für abgeschlossen.

(8) Alle Anträge, die während der vorhergehenden Aussprache zu Punkten der Tagesordnung gestellt wurden, sind dem Versammlungsleiter vor der Abstimmung schriftlich zu übergeben und von ihm schriftlich bekanntzugeben.

IV. Ordnungsvorschriften

§ 7

Ordnungsvorschriften

(1) Der Versammlungsleiter ist verpflichtet, für einen ungestörten Verlauf der Versammlung zu sorgen.

(2) Der Versammlungsleiter kann die Versammlung jederzeit unterbrechen oder beenden, wenn sie nicht mehr entsprechend der Satzung bzw. der Geschäftsordnung durchzuführen ist. Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verlässt er die Versammlung. Dadurch ist die Sitzung unterbrochen.

(3) Zwischenrufe sind gestattet, der Versammlungsleiter muss sie verbieten, wenn sie in eine Zwiesprache mit dem Redner ausarten oder ihn wiederholt in seinem Vortrag stören. Der Versammlungsleiter soll Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abschweifen, ermahnen, ausschließlich zur Sache zu sprechen; er kann ihnen nach zweimaliger vergeblicher Ermahnung das Wort entziehen.

(4) Der Versammlungsleiter hat Teilnehmer zu rügen und im Wiederholungsfalle zur Ordnung zu rufen, wenn sie entweder ohne Worterteilung sprechen oder persönlich verletzende Ausführungen und Zwischenrufe machen oder sonst wie gröblich gegen parlamentarische Gepflogenheiten verstoßen.

(5) Wegen besonders grober Störung der Ordnung kann der Versammlungsleiter einen Teilnehmer von der Versammlung ausschließen. Der Teilnehmer hat auf Aufforderung des Versammlungsleiters den Versammlungsraum sofort zu verlassen.

(6) Gegen den Ausschluss kann Einspruch eingelegt werden; über den Einspruch entscheidet die Versammlung sofort.

V. Anträge zur Geschäftsordnung

§ 8

Anträge zur Geschäftsordnung

- (1) Anträge zur Geschäftsordnung beziehen sich auf die Begrenzung der Redezeit, auf Schluss der Rednerliste, auf Schluss der Aussprache, auf Überweisung an einen Ausschuss, auf Übergang zur Tagesordnung.
- (2) Bei Anträgen zur Geschäftsordnung wird neben dem Antragsteller nur je einem Redner das Wort erteilt, der direkt für oder gegen den Antrag spricht.
- (3) Vor der Aussprache oder Abstimmung über einen Antrag auf Schluss der Aussprache oder auf Übergang zur Tagesordnung ist die Rednerliste zu verlesen.
- (4) Nach Annahme des Antrages auf Schluss der Rednerliste haben diejenigen noch das Wort, die bei Stellung des Antrages auf der Rednerliste standen.
- (5) Ist ein Antrag auf Schluss der Aussprache angenommen, so ist die Beratung geschlossen. Bereits gestellte Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt werden aber abgestimmt, sofern sie nicht vom Antragsteller zurückgenommen werden.
- (6) Ist der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung angenommen, ist dieser Tagesordnungspunkt beendet und es ist mit dem nächsten Tagesordnungspunkt fortzufahren.

VI. Abstimmung

§ 9

Abstimmungen

- (1) Für alle Abstimmungen gilt, soweit nicht das Berliner Kammergesetz, die Satzung des VZB oder diese Geschäftsordnung etwas anderes bestimmen, die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.
- (2) Stimmenthaltung ist statthaft. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen sind abgegebene Stimmen. Sie zählen bei der Errechnung der Mehrheit jedoch nicht mit. Der Versammlungsleiter hat das Ergebnis der Abstimmung einschließlich der Stimmenthaltungen festzustellen.
- (3) Ungültig sind Stimmzettel, aus denen der Wille des Abstimmenden nicht mit Sicherheit zu erkennen ist oder die Zusätze enthalten.
- (4) Die Übertragung des Stimmrechts ist unzulässig.
- (5) Abgestimmt wird in der Regel durch Handaufheben. Auf Verlangen von zwei Mitgliedern der Versammlung muss geheim abgestimmt werden. Auf Verlangen eines Drittels der anwesenden Vertreter muss namentlich abgestimmt werden. Diese Abstimmung erfolgt mit verdeckten Stimmkarten, die den Namen des Abstimmenden tragen. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist mit Namensnennung bekanntzugeben.

(6) Eine Abstimmung, die sich mit Angelegenheiten der Person eines Vertreters oder Amtsträgers des Versorgungswerkes befasst, ist geheim durchzuführen.

(7) Bei mehreren, den gleichen Gegenstand betreffenden Anträgen wird über den weitestgehenden zuerst abgestimmt. Im Zweifelsfall entscheidet hierüber die Vertreterversammlung. Anträge zur Geschäftsordnung gehen allen anderen Anträgen vor.

(8) Mit Beginn einer Abstimmung kann das Wort, auch zur Geschäftsordnung, nicht mehr erteilt werden.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am 12. Mai 2007 in Kraft und ist im Amtsblatt für Berlin zu veröffentlichen.

Ausgefertigt am 23. Mai 2007

A. Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses

Dr. I. Rellermeier
Stellvertretender Vorsitzender
des Verwaltungsausschusses